

Grünes Licht für weitere Planung der Ortsumfahrung Schramberg

Martin Himmelheber (him)

17. November 2020



Das Bundesverkehrsministerium hat dem Einstieg in weitere Planungsschritte durch die Straßenbauverwaltung des Landes Baden-Württemberg zugestimmt. „Die Ergebnisse der vom Regierungspräsidium Freiburg erarbeiteten Grundlagenermittlung werden vom BMVI positiv bewertet“, so das Ministerium in einer Pressemitteilung. Ein Ergebnis: Die Kosten werden schon jetzt auf 160 Millionen Euro geschätzt. Vor vier Jahren sollte das Projekt noch 116,9 Millionen Euro kosten. Vor wenigen Tagen hatte die Schramberger CDU die Information zum Planungs-OK schon weiter gegeben. Ende Oktober hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Fechner in Sachen Talumfahrung in Berlin nachgehakt.

Steffen Bilger, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur: „Die Ortsumgehung Schramberg ist für die Stadt und für die gesamte Region von hoher Bedeutung. Davon konnte ich mich auch bei meinem Besuch am 12. Oktober in Schramberg überzeugen.“

Ich freue mich, dass die Planungen mit Hochdruck fortgeführt werden. Ziel und Herausforderung ist nun, eine Lösung zu entwickeln, die den Anforderungen an Umweltverträglichkeit, Sicherheit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen gerecht wird.“

Der Verkehrsminister des Landes Winfried Hermann MdL freue sich über die positive Nachricht, heißt es weiter: „Die Planungsarbeit kann jetzt mit Zustimmung des Bundes weiter betrieben werden. Die Ortsumfahrung der B 462 wird für die Stadt Schramberg eine große Entlastung vom Durchgangsverkehr bringen und die Talstadt für die Bewohner wieder in der Ortsmitte erlebbarer machen.“

Erstes Etappenziel

Die Ortsumfahrung Schramberg wurde in der Umsetzungskonzeption des Landes Baden-Württemberg zur Priorisierung der umzusetzenden Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans weit vorne platziert. Dies ermöglichte 2019 den Wiedereinstieg in die Planung, die jetzt vorliegende Zustimmung des Bundes sei das erste Etappenziel.

Der Bau einer Ortsumfahrung für die Talstadt Schramberg im bewegten topographisch schwierigen Gelände des Schwarzwaldes sei aufwendig. Die Realisierung dieser Ortsumfahrung sei nur mit Tunnelbauwerken möglich. Die Aufwendungen zur Herstellung und Ausstattung dieser Bauwerke für einen sicheren Straßenbetrieb verteuerten die Maßnahme erheblich.

Kosten steigen auf 160 Millionen Euro – trotzdem bauwürdig

Ziel der vorgeschalteten Grundlagenermittlung sei es gewesen, neben der Machbarkeit die Kosten für die bautechnisch und sicherheitstechnisch erforderlichen Maßnahmen zu bewerten. Folgende für die Ortsumfahrung Schramberg spezifische Themen, seienn dabei besonders mit dem BMVI zu diskutieren gewesen: Die mit bis zu sechs Prozent Längsneigung der Strecke in den erforderlichen Tunnelbauwerken, die eine Richtlinienabweichung bedeuten, die wasserführende Klüftung des Gebirges und die Trassierung mit engen Radien in der Tallage, die ebenfalls den Richtlinien nicht entsprächen.

Über die Abweichungen der Richtlinien, die zu treffenden kompensatorischen Maßnahmen sowie die dadurch erhöhten Kosten für das Gesamtprojekt habe mit dem BMVI eine Einigung erzielt werden können. Die Basis für die durchgeführte Bewertung sei die sogenannte „Hess-2-Variante“ mit einer Streckenlänge von etwa 3,5 Kilometern, einem zweistreifigen Straßenquerschnitt und zwei großen Tunnelbauwerken.

Die Kosten für diese Variante wurden auf Basis der bisherigen Erkenntnisse mit rund 160 Millionen Euro berechnet. Unter Einbeziehung aller vorhandenen Aspekte konnte im Ergebnis ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis errechnet werden, was die Bauwürdigkeit der Talstadturnumfahrung bestätigt.

Vorplanung kann beginnen

Die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer freute sich laut Pressemitteilung: „Bund und Land ziehen hier trotz der hohen Kosten an einem Strang mit der Region. Das Regierungspräsidium Freiburg kann die Planung auf dieser Grundlage nun fortführen. Gelingen kann dies nur mit einem transparenten Vorgehen und guter Kommunikation mit der Stadt Schramberg und der Gemeinde Aichhalden.“

Mit der vorhandenen Zustimmung des Bundes könne als nächster Planungsschritt mit der Vorplanung, die eine Planungsraumanalyse und das Scopingverfahren beinhaltet und mit der Wahl der Vorzugsvariante abschließt, begonnen werden.